UNIVERSITÄT BIELEFELD IKG Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Friedrich Ebert Stiftung

Ergebniszusammenfassung der Mitte-Studie 2024/25 »Die angespannte Mitte«

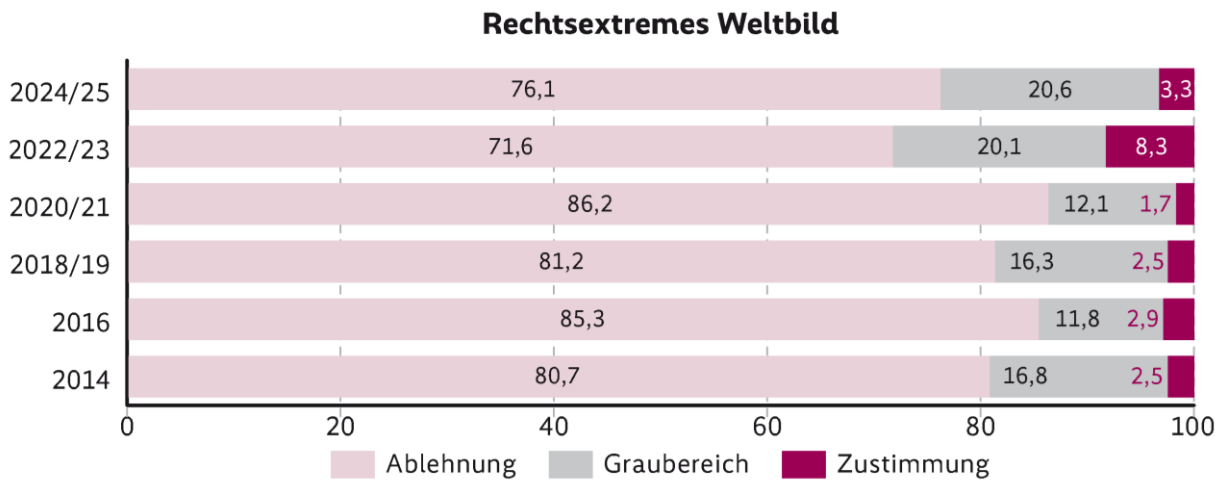
In der Mitte der Gesellschaft ist die Anspannung zu spüren durch polarisierende Debatten, äußere Konflikte, innere Krisen, geschürte Ängste und reale Probleme. Ein Großteil nimmt diese Anspannung in Form einer Bedrohung durch den Rechtsextremismus wahr. Die Situation zeigt sich auch in größeren Uneindeutigkeiten – die ermittelten Graubereiche wachsen oder es wird vermehrt mit »teils/teils« geantwortet. Die Mitte-Studie 2024/25 berichtet von angespannten Zeiten und gibt Hinweise auf gesellschaftliche Handlungsoptionen.

Rechtsextreme Einstellungen (Kap. 3)

Ein weiterer Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Mitte scheint erst einmal gebremst. Nachdem der Zuspruch 2022/23 auf 8 % angestiegen war, sinkt er nun auf 3 % mit einem klar rechtsextremen Weltbild. Allerdings stabilisiert sich der Graubereich über dem Niveau der Jahre 2014-2021.

Abb. 3.5

Rechtsextremes Weltbild in Deutschland 2014–2025
(Angaben in gültigen Prozent)

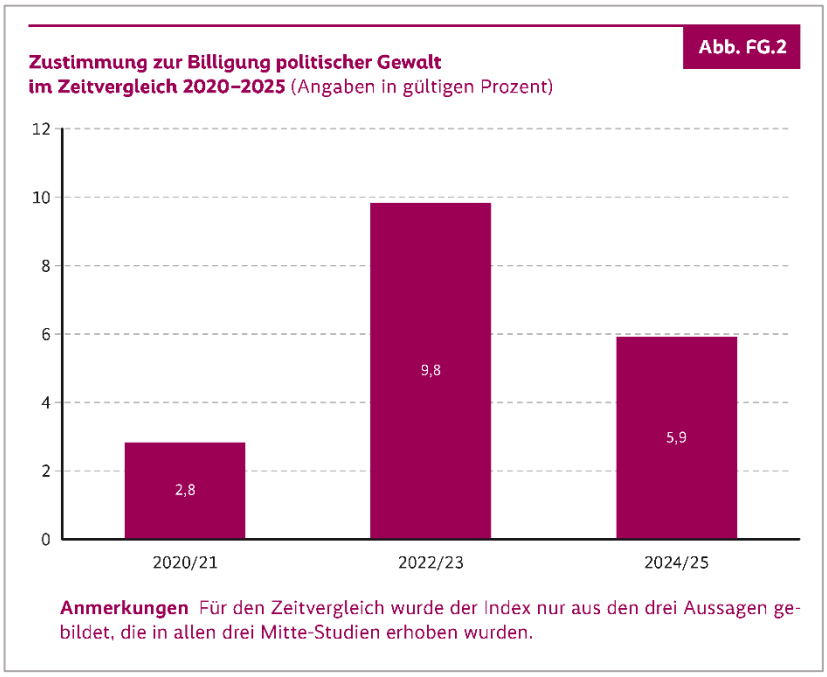


»Nur auf die Verbreitung eines dogmatischen Weltbildes in der Mitte zu schauen, reicht nicht für die Frage, wie demokratisch wehrhaft die Mitte gegenüber Rechtsextremismus ist«, meint der Studienleiter **Prof. Dr. Andreas Zick**. Er verweist dabei insbesondere auf den Anstieg der Zustimmung zum Nationalchauvinismus von 17 auf 20 % gegenüber 2022/23. »Das ist der höchste Wert, den wir seit 10 Jahren gemessen haben und er zeigt, dass ein rechtsextremes völkisches Leitbild im Gewand des Nationalchauvinismus auch in der Mitte greift«, so Zick.
Zu dem völkisch-nationalistischen Weltbild gehört auch die Befürwortung einer Diktatur, die zu 4 % geteilt wird, wie auch die direkte Verharmlosung des Nationalsozialismus, die von 1,5 % Zustimmung erfährt. Ebenso gehören völkisch-rassistische Ideologien dazu wie eine generelle Feindseligkeit gegen »Fremde« (8 %), der Antisemitismus (2 %) und ein Sozialdarwinismus, der gesellschaftliche Gruppen in Höher- und Minderwertige einteilt (2 %). In bestimmten Gruppen ist die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen höher als in anderen. Befragte, die ihre politische Position als »rechts« oder »eher rechts« einstufen, haben durchweg höhere Zustimmungen als jene, die sich als »Mitte«, »eher links« oder »links« bezeichnen. Und der Verjüngungseffekt im Rechtsextremismus hält an. 18- bis 35-Jährige sind fremdenfeindlicher (12,5 %) als 35- bis 64-Jährige (6 %) oder über 65-Jährige (6,5 %), und sind auch antisemitischer (3,5 % zu 2 % und 1 %). Mehr Jüngere (7 %) weisen ein rechtsextremes

Weltbild auf als Ältere (3 % und 1 % in der ältesten Befragtengruppe). Im Osten der Republik ist nur der Zuspruch zur Fremdenfeindlichkeit (11 %) höher als im Westen (7 %). Hingegen finden Antisemitismus und Sozialdarwinismus im Westen mehr Zuspruch.
»Es kommt aber beim Rechtsextremismus in der wehrhaften Demokratie nicht nur darauf an, ihn in Teilen zurückzuweisen. Weniger als je zuvor – nur 6,6 % – in der Stichprobe schaffen es, alle 18 rechtsextremen Aussagen deutlich zurückzuweisen. Der niedrigste gemessene Wert in all den Jahren«, ergänzt Zick. Das verweist auf eine schleichende Normalisierung. Die Mitte-Studie 2024/25 hat die Normalisierung des Rechtsextremismus auch direkt gemessen. Zwar finden es 70 % »bedrohlich, dass der Rechtsextremismus zunimmt« (14 % »teils/teils«), aber 39 % meinen: »Der Rechtsextremismus wird in den Medien hochgekocht« (26 % »teils/teils«), und 20 %: »Es ist am besten, den Rechtsextremismus gar nicht zu beachten« (23 % »teils/teils«).
Die Autor:innen der Mitte-Studie konstatieren: »Die wehrhafte Demokratie braucht wachsame, aktive und handelnde Bürger:innen, die sich rechtsextremen Aussagen und Entwicklungen entgegenstellen, selbst und gerade dann, wenn sie aus der Mitte kommen. Rechtsextreme Ideologie führt dazu, dass Menschen bedroht, verfolgt und getötet wurden – und werden. Diese Ideologie ist weltweit erfolgreich und wird auch hierzulande selbstbewusst vorgetragen. Der Rechtsextremismus ist gut organisiert und bereit, die eigenen Positionen mit Gewalt durchzusetzen.« (Mitte-Studie 2024/25, S. 102)

Politische Gewalt (Fokus Kap. 3)

Ein weiterer Fokus der Mitte-Studie 2024/25 wird auf die Billigung politischer Gewalt gelegt. 6 % billigen die Gewalt gegen Politiker:innen und »andere«, ein Rückgang um 4 % gegenüber dem Vorjahr, aber immer noch ein höheres Niveau als zuvor. 12 % liegen im Graubereich der Billigung politischer Gewalt. Trotz des staatlichen Gewaltmonopols stimmen 13 % der Aussage zu: »Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist«; weitere 21 % stimmen noch »teils/teils« zu.
Auch hier liegen die Zustimmungen zu einzelnen Aspekten in verschiedenen Gruppen weitaus höher, als es die Durchschnittswerte zeigen. Die Gewalt wird eher von Männern (10 %) als von Frauen (2 %) gebilligt; auch in den Graubereichen ist der Unterschied zu beobachten (Männer 14 %, Frauen 10 %). Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und aus ökonomisch schwächeren Gruppen sind anfälliger, ebenso wie jene, die ihre politische Position »rechts« verorten. Und die Billigung politischer Gewalt geht überzufällig mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen einher.



»Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker sowie Minderheiten – vor allem Migrantinnen und Migranten – wird auch in der Mitte gebilligt. Vor dem Hintergrund eines klaren Anstiegs der Hasskriminalität in behördlichen Statistiken ist es dringend geboten, die Gewalt deutlicher ins Hellfeld zu bringen und die politische Gewalt im Land ernster zu nehmen«, meint Andreas Zick, der zugleich auf die Wiedereinsetzung einer Gewaltkommission drängt, weil die Gewalt sich verändert habe und viele Facetten hat. Eine solche Kommission gab es zuletzt vor 35 Jahren.

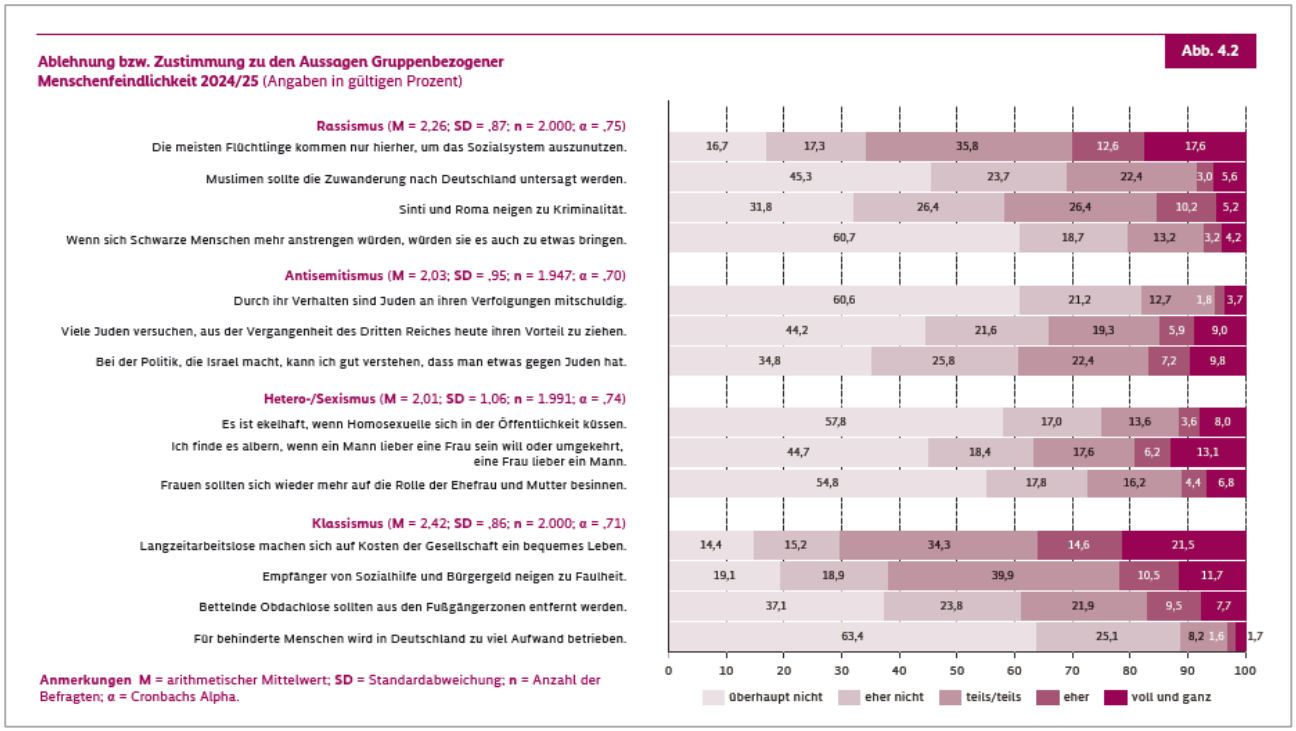
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Kap. 4)

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) beschreibt empirisch messbare abwertende Vorurteile, über die Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe die Gleichwertigkeit abgesprochen wird. Erfasst haben wir die menschenfeindlichen Einstellungen für vier zentrale Muster bzw. Facetten der Abwertung: Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus und Klassismus.

Die Zustimmungsbereitschaft zu den Facetten weist insgesamt einen leichten Rückgang gegenüber 2022/23 auf. Dennoch bestehen in Teilen der Bevölkerung hohe Zustimmungsraten. Zudem nehmen die ambivalenten und uneindeutigen Haltungen gegenüber menschenfeindlichen Positionen zu.

Rassismus umfasst negative Einstellungen gegenüber Sinti:zze und Rom:nja, Muslimen, Geflüchteten und Schwarzen Menschen. Bspw. fast jede:r dritte Befragte (30 %) unterstellt Geflüchteten Sozialmissbrauch (36 % »teils/teils«). 7 % stimmen der Aussagen zu: »Wenn sich Schwarze Menschen mehr anstrengen würden, würden sie es auch zu etwas bringen« (13 % »teils/teils«). Insgesamt teilt dieses Jahr mehr als jede zehnte Person in der Bevölkerung rassistische Einstellungen und jede fünfte Person äußert sich ambivalent dazu.

Gleichzeitig ist ein deutlicher Rückgang bei der Befürwortung einer offenen und vielfältigen Gesellschaft festzustellen: 58 % der Befragten der Mitte-Studie fordern: »Wir müssen uns stärker für eine vielfältige Gesellschaft engagieren« (2022/23: 67 %). **Souad Lamroubal** berichtet im Interview ebenfalls von einer solchen Ambivalenz und schwindender Akzeptanz bzw. Zugehörigkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Mitte, »weil sie wissen, dass sie in der Mitte nicht ausreichend vertreten sind und bewusst daran gehindert werden«. Zudem meinen 27 % »Minderheiten sind zu empfindlich, wenn es um Diskriminierung geht« (36 % »teils/teils«).



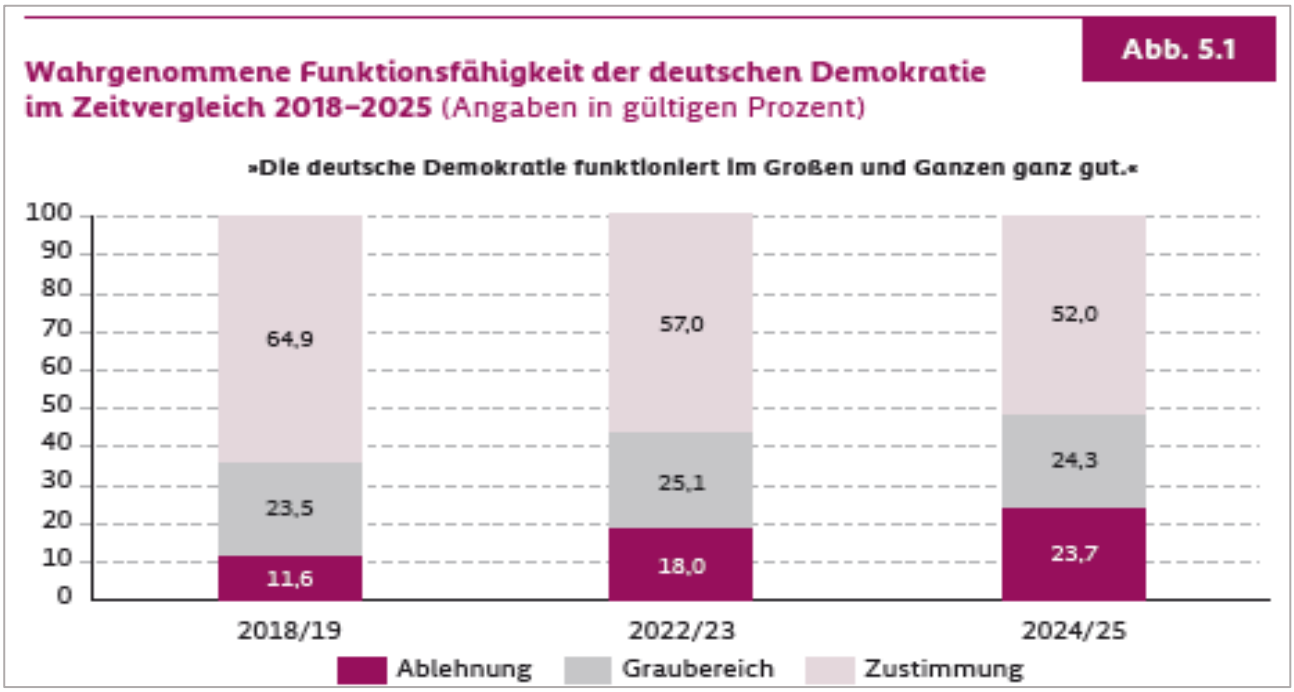
Die Mitte neigt dazu, soziale, politische und ökonomische Konflikte auf Kosten ohnehin bereits benachteiligter, ausgeschlossener und abgewerteter Gruppen auszutragen. 36 % stimmen etwa der Aussage zu, Langzeitarbeitslose seien eine Belastung und machten sich »auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben«. 17 % meinen »Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden« (22 % »teils/teils«). Insgesamt äußern 15 % der Befragten klassistische Einstellungen gegenüber Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfe- und Bürgergeld-Empfänger:innen, obdachlosen Menschen und Menschen mit Behinderung.

Aus einer Fallanalyse von tödlicher Gewalt gegen Obdachlose heraus beschreibt **Merle Stöver** das Problem, dass Wohnungslosigkeit nicht auf sozialpolitische Ursachen, »sondern auf eine unveränderbare Ungleichwertigkeit der Betroffenen zurückgeführt« wird.

Die klassistische Abwertung von Menschen geht dabei besonders häufig mit rassistischer Abwertung einher: Mehr als jede:r zweite Befragte der rassistisch eingestellt ist, ist auch klassistisch eingestellt. Die Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Mitte hängen systematisch zusammen und verstärken sich häufig gegenseitig. Dabei kann auch Antisemitismus rassistisch und klassistisch konnotiert sein, tritt aber genauso als eigenständige GMF-Facette auf. Die antisemitischen Einstellungen sind dabei vor allem an die Geschichte der an Jüdinnen und Juden begangenen Verfolgungen und Verbrechen gekoppelt und zielen darauf ab, diese zu rechtfertigen oder zu relativieren. Am ehesten werden antisemitische Haltungen jedoch in Bezug auf die Politik Israels vertreten, angesichts derer jede sechste Person angibt, gut verstehen zu können, »dass man etwas gegen Juden hat« (22 % »teils/teils«). Die vollständige Zustimmung zu der Aussage hat sich dabei gegenüber 2022/23 verschärft. **Meron Mendel** mahnt dazu im Interview: »Es ist essenziell, deutlich zwischen der Politik der israelischen Regierung, der israelischen Zivilgesellschaft sowie Jüdinnen und Juden weltweit zu differenzieren«. Insgesamt liegt die Zustimmung zum Antisemitismus in Deutschland dieses Jahr bei rund 8 % (2022/23: 10 %), wobei der Anteil an Antworten im Graubereich von rund 17 % auf 20 % gestiegen ist.
Männer stimmen dem Antisemitismus wie auch allen GMF-Facetten insgesamt deutlich häufiger zu als Frauen (12 % zu 3 %). Besonders ausgeprägt zeigt sich dieser Unterschied bei den hetero-/sexistischen Einstellungen (18 % zu 3 %). Dabei geht es um die Befürwortung traditioneller Geschlechterrollen, die Abwertung von Homosexualität und Trans*Identität. 11 % der Bevölkerung fordern etwa weiterhin »Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen«. Auch die Abwertung von Trans*-Menschen hat mit 19 % weiter zugenommen. Insgesamt stimmen 11 % dem Hetero-/Sexismus zu.
Die Zustimmung zu menschenfeindlichen, autoritären und antidemokratischen Einstellungen steigt deutlich entlang des Links-Rechts-Spektrums an. GMF als Ideologie der Ungleichwertigkeit fungiert hier nicht zuletzt als Brücke zum Rechtsextremismus. Die Verbreitung von Vorstellungen der Ungleichwertigkeit in der Mitte birgt die Gefahr, dass die liberale Demokratie einen Kipppunkt erreichen könnte.

Demokratieeinstellungen (Kap. 5)

Die große Mehrheit (79 %) der Bevölkerung bezeichnet sich grundsätzlich als überzeugte Demokrat:innen – das sind sechs Prozent mehr als vier Jahre zuvor. Während die Unterstützung für die Demokratie als politisches System gewachsen ist, sind gleichzeitig auch die Zweifel an der Leistungsfähigkeit der liberalen Demokratie gestiegen: Nur noch 52 % finden, die Demokratie funktioniere »im Großen und Ganzen ganz gut« (2022/23: 57 %; 2018/19: 65 %).



Ein Viertel (24 %) bezweifelt dies – das ist ein Höchstwert seit 2016. Lediglich etwas mehr als ein Drittel (37 %) findet, es gehe in Deutschland insgesamt gerecht zu. Wer die Demokratie dagegen als gut funktionierend und fair erlebt, stützt ihre Werte und Prinzipien: Diese Befragten vertrauen ihr nahezu geschlossen (94 %) und lehnen Aussagen, die die Demokratie delegitimieren, ab. Umgekehrt stimmen je knapp zwei Drittel jener, die sie als nicht gut funktionierend und unfair bewerten, Demokratiemisstrauen (62 %) und delegitimierenden Aussagen (64 %) zu. 62 % der Befragten glauben: »Die regierenden Parteien betrügen das Volk«, 54 % fordern »mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik«, während es bei den Befragten, die die Demokratie positiv wahrnehmen, jeweils nur 5,5 % sind. Zwar meinen 88 % aller Befragten, in einer Demokratie solle die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen. Knapp zwei Drittel (62 %) weisen ein klar liberaldemokratisches Wertebewusstsein auf. Sie bekennen sich zur Gleichheit von Rechten, Minderheitenschutz und der gerichtlichen Kontrolle der Politik. Allerdings ist ein Drittel (34 %) der Ansicht »Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren« (2022/23: 34,5 %). Ein Viertel (25 %) meint, es werde »zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen« (2022/23: 26 %), mehr als jeder Zehnte (11 %) lehnt es ab, die Grundrechte von Minderheiten zu schützen.

Rechtsextremismus in Prozent nach Demokratievorstellungen

		Liberales Prinzip	
		stark	schwach
Entscheidungs-prinzip	Parlament	0,2 %	1 %
	Mehrheit	2 %	12 %

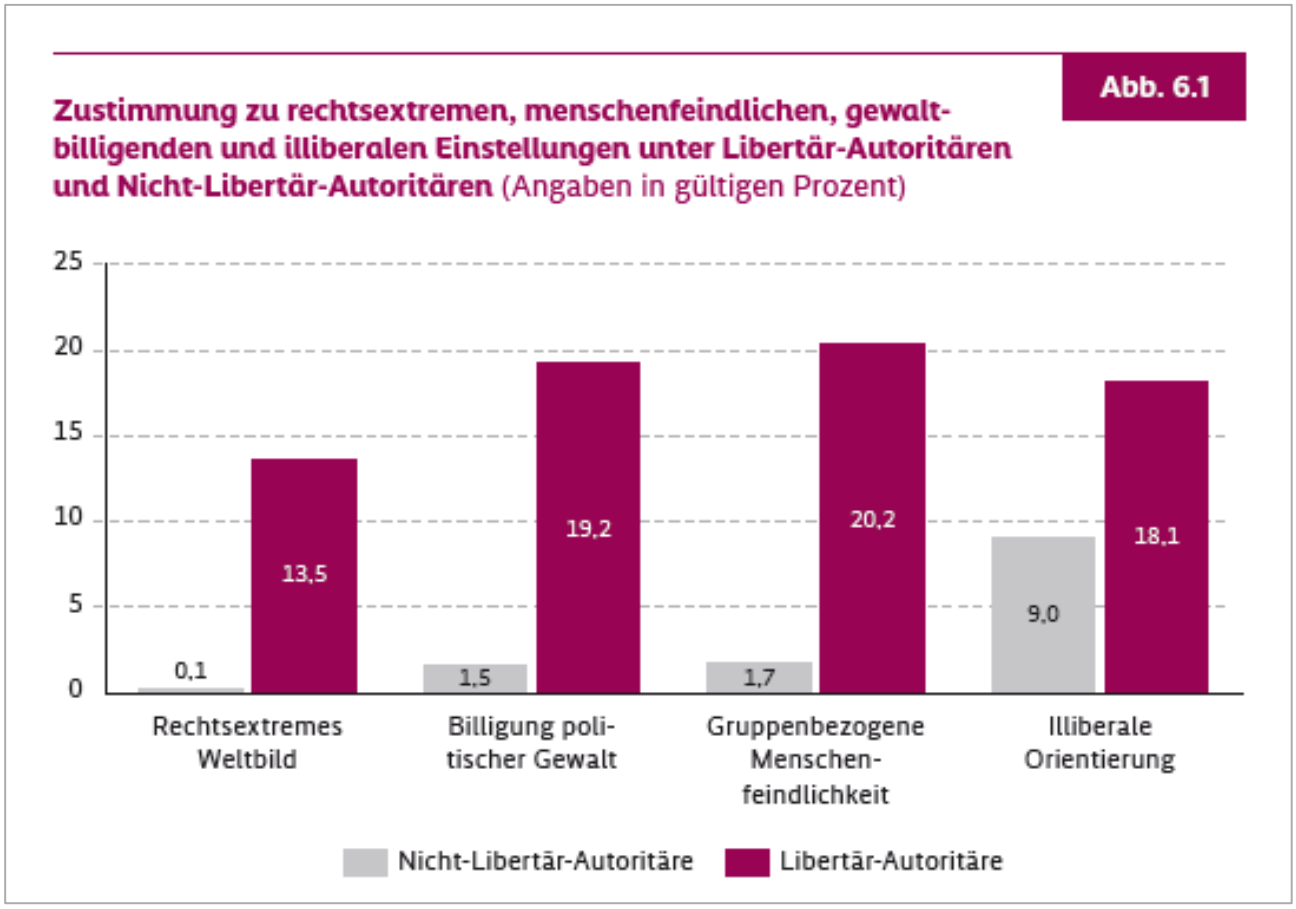
Menschen mit Demokratievorstellungen, die für starke liberale Werte sowie eine parlamentarisch-repräsentative Entscheidungsfindung eintreten, zeigen kaum Anzeichen von Rechtsextremismus (0,2 %) oder der Billigung politischer Gewalt (1 %). Dem gegenüber stimmen Menschen, die liberalen Werten eher unschlüssig gegenüberstehen oder diese ablehnen und gleichzeitig für unbeschränkte Mehrheitsentscheide eintreten, rechtsextremen Einstellungen stärker zu (12 %) und billigen eher politische Gewalt (16 %). Sie glauben an einen Gegenentwurf zur liberal-parlamentarischen Demokratie und stellen in Teilen das demokratische System grundsätzlich infrage. Diese Gruppe läuft damit Gefahr, in antidemokratische Strukturen abzugleiten.

Eine weitere Gruppe hält in ihren Demokratievorstellungen formal am liberalen Prinzip fest, fordert allerdings auch unbeschränkte Mehrheitsentscheide. Die Befragten zeigen vergleichsweise geringe rechtsextreme (2 %) oder gewaltbilligende (3 %) Tendenzen, empfinden die Demokratie jedoch in Teilen als ineffizient und ungerecht (33 %) und zeigen in Teilen eine politische Distanzierung und Delegitimierung des politischen Systems (28 %). Hier bündeln sich Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Fairness der Demokratie, Misstrauen gegenüber Institutionen, Wut auf die Politik und delegitimierende Narrative wie »die Regierenden betrügen das Volk«. Die Gruppe ist sozial wie politisch heterogen, aber in ihr finden sich im Durchschnitt die meisten Menschen mit geringem Einkommen und niedriger Lebenszufriedenheit. Persönliche wie politische Unzufriedenheiten nähren vielleicht die Sehnsucht nach Mehrheitsentscheidungen, die vom Wunsch einer stärker und schneller auf sie eingehenden Politik geprägt ist. Sollten sich rechtsextreme Feindbilder und menschenfeindliche Schuldzuweisungen in dieser Gruppe verbreiten, könnte der systemkritische Unmut einen Wendepunkt erreichen, an dem die liberaldemokratische Mitte in einen identitären, illiberalen und ausgrenzenden Populismus kippt.

Libertärer Autoritarismus und Marktförmigkeit (Kap. 6)

Ein Viertel (25 %) der Befragten hängt einer libertär-autoritären Ideologie an: Diese vereint neoliberale, hyperindividualistische und autoritäre Gesellschaftsbilder. Leistungsorientierte Werte wie die individuelle Wettbewerbsfähigkeit, Freiheit und das Leitbild, jede:r solle in erster Linie auf sich selbst achten, stehen im Vordergrund. Diese Gruppe neigt insgesamt deutlich stärker zu einem rechtsextremen Weltbild (13,5 %) und der Billigung politischer Gewalt (19 %). Dieser Teil der

Befragten stimmt in höheren Maße Aussagen wie »Mit Leuten wie Elon Musk in der Politik würde es Deutschland besser gehen« (4 % Nicht-Libertär-Autoritäre vs. 19 % Libertär-Autoritäre) oder »Gegen politische Gegner muss man auch mal Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen« (1,5 % vs. 20 %) zu. Diese Gruppe neigt insgesamt deutlich stärker zu einem rechtsextremen Weltbild (13,5 %) und der Billigung politischer Gewalt (19 %).
Die Idee, nicht »zu viel« oder gar keine Solidarität mit Schwächeren zu zeigen, da dies unprofitabel sei und die eigene individuelle Freiheit bedrohe, transportiert dabei Menschenfeindlichkeit subtiler als der klassische Rechtsextremismus in die gesellschaftliche Mitte. Diese Ideologie wird auch von libertären (Tech-)Akteuren vorangetrieben, die in staatliche Machtbereiche eingreifen (wollen), um grundlegende demokratische Prinzipien wie Meinungsfreiheit und politische Teilhabe auszuhöhlen.



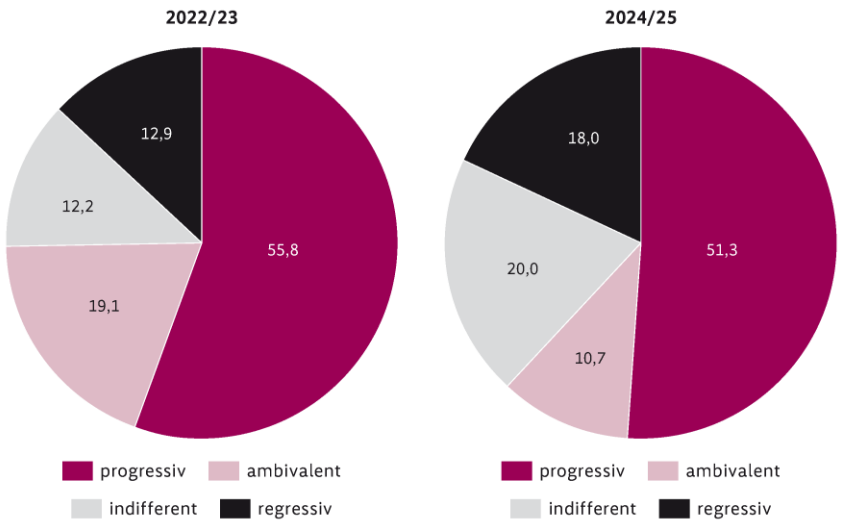
Klima (Kap. 7), Raum/Daseinsvorsorge (Kap. 8) und Gesundheit (Kap. 9)
Die Untersuchung spezifischer Krisen- und Konfliktfelder wie von Klimawandel und Energiewende, der regionalen Daseinsvorsorge und subjektiver Lebensqualität sowie einer Rückschau auf die Coronamaßnahmen zeigt, dass reale oder gefühlte Defizite in der Problemlösung (z. B. mangelhafte Daseinsvorsorge oder als übergriffig empfundene Krisenpolitik) zur Distanzierung von der Demokratie beitragen können. In allen drei Konfliktfeldern wandeln sich reale oder wahrgenommene Defizite wie unfaire Klimakosten, ungleiche Daseinsvorsorge, strittige Pandemiepolitik – unter populistischer Zuspitzung – zu Einfallstoren für Misstrauen und Delegitimierung des demokratischen Systems.

Klima und Energie
Der Klimawandel wird von der Mehrheit (56 %) weiterhin als Bedrohung wahrgenommen, allerdings ist dieser Anteil im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken (etwa 70 % in 2020/21 und 2022/23). Eine klar klimapolitisch progressive Haltung ist mit 51 % noch mehrheitlich, aber rückläufig (2022/23: 56 %), ebenso der Anteil der klimapolitisch ambivalent Eingestellten (von 19 % in 2022/23 auf 11 % 2024/25). Der Anteil Befragter mit klimapolitisch regressiver Haltung ist von 13 % auf 18 % gestiegen, ebenso der Anteil der Indifferenten, die in Bezug auf Klimaschutz und Energieversorgung

weder progressiv noch regressiv eingestellt sind (von 12 % 2022/23 auf 20 % 2024/25). Der Anteil klimapolitisch regressiv Eingestellter ist unter Befragten mit niedrigerem Einkommen und mit höherem Einkommen verbreiteter als unter jenen mit mittlerem Einkommen. Es sind also nicht allein die Ärmeren, die gegen mehr Klimaschutz und Energiewende sind, sondern auch die Wohlhabenden.

Abb. 7.2

Typen klimapolitisch progressiver und regressiver Haltung 2022/23 und 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

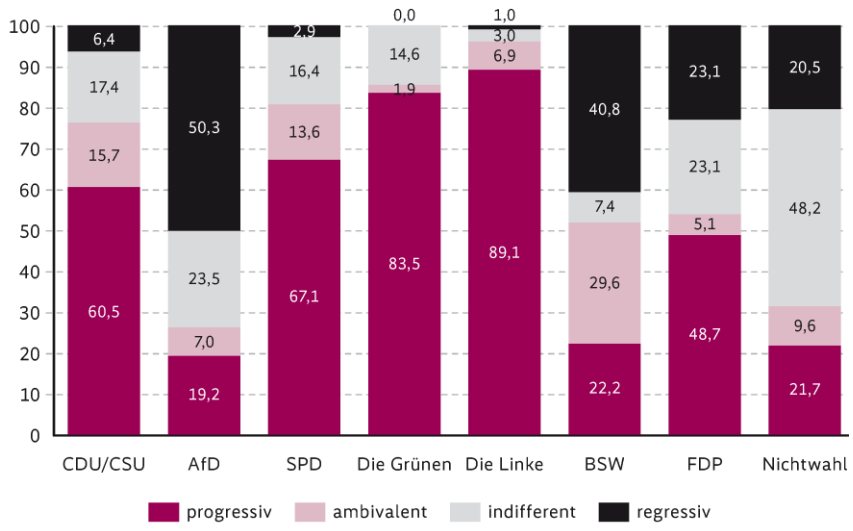


Anmerkungen Für die Typenbildung wurde für den Vergleich ein verkürzter Indikator jeweils bestehend aus zwei Aussagen genutzt. Daher weichen die Prozentangaben hier für 2022/23 von denen in der Publikation der Mitte-Studie 2022/23 leicht ab.

Befragte mit klimapolitisch regressiver Haltung gehen eher in Distanz zur liberalen Demokratie. Sie setzen weniger Vertrauen in das Funktionieren und die Problemlösefähigkeit der Demokratie, misstrauen auch eher ihren Institutionen und korrekt durchgeführten Wahlen, zudem neigen sie mit Abstand eher dazu, die AfD zu normalisieren, sie etwa als eine »normale Partei wie andere Parteien auch« einzustufen. Besonders viele Wähler:innen der AfD und des BSW neigen zu einer klimapolitisch regressiven Position. Nicht nur Wähler:innen der Grünen und Linken vertreten mit großer Mehrheit klar klimapolitisch progressive Positionen, sondern auch jene der SPD und von CDU/CSU sind mit 69 % beziehungsweise 60 % mehrheitlich klimapolitisch klar progressiv.

Abb. 7.4

Klimapolitische Haltung nach Parteipräferenz
(Angaben in gültigen Prozent)



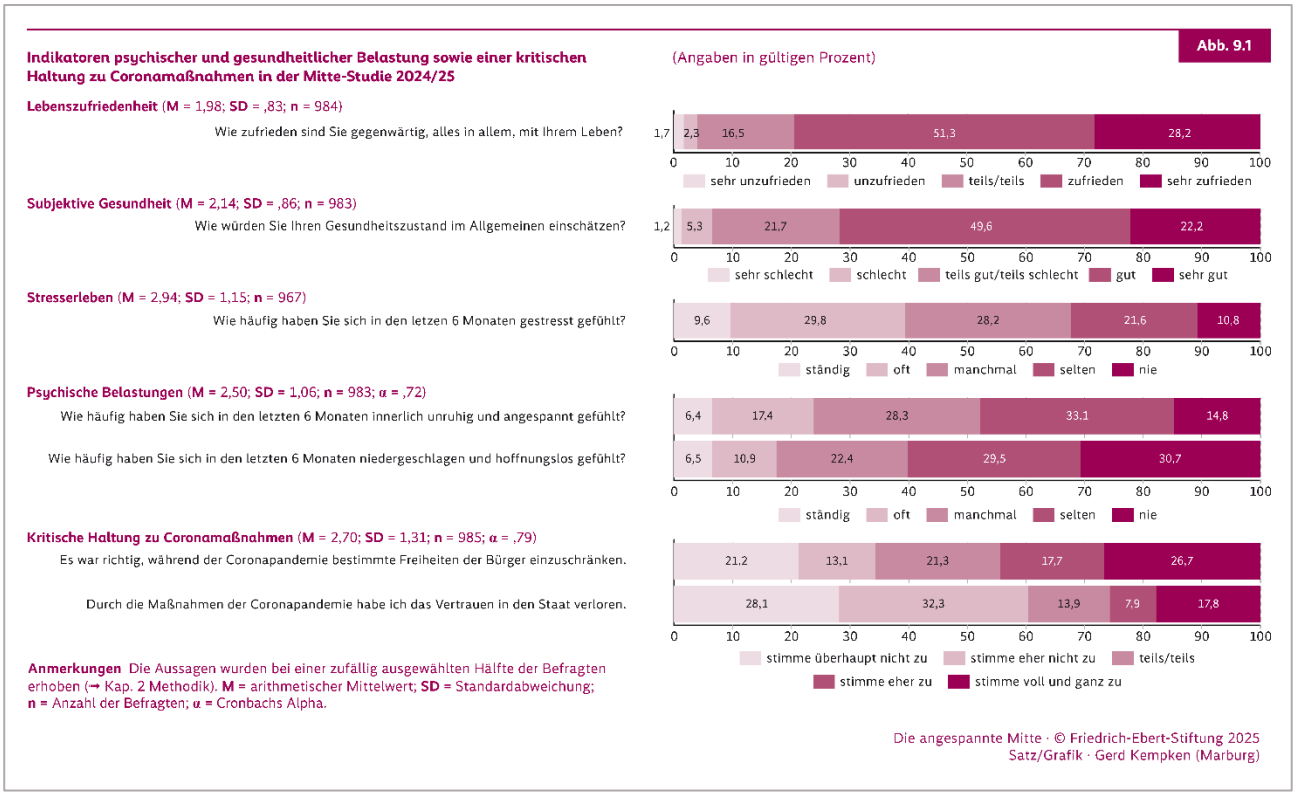
Anmerkungen Abgebildet ist der jeweilige Anteil der vier Klimatypen in der jeweiligen Wählerschaft einer Partei. Die Reihenfolge der Parteien richtet sich nach dem Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl.

Im Klimadiskurs rücken Freiheit und Gerechtigkeit verstärkt ins Zentrum. Die Frage der Gerechtigkeit ist ein wesentliche für die Klima- und Energiepolitik, denn sowohl die Folgen des Klimawandels, als auch die Lasten des Klimaschutzes sind ungerecht verteilt. Für eine deutliche Mehrheit ist die soziale Dimension eine Schlüsselfrage: 69 % der Befragten fordern, Klimaschutz dürfte nicht zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen, 68 % befürworten dafür einen staatlichen Lastenausgleich. Diesen Befragten ist offenkundig die Sicherung von Menschen mit geringem Einkommen wichtig, doch sie sind dabei inkonsequent, denn sie übersehen mit ihrer ersten Forderung, wie wichtig auf längere Sicht Klimaschutz gerade für die ärmeren Bevölkerungsschichten ist.

38 % der Bevölkerung folgen der Argumentation, Klimaschutz dürfe weder Freiheits- noch Gerechtigkeitsprinzipien verletzen. 14 % der Befragten lehnen zwar Klimaschutz zulasten armer Haushalte ab, wenden sich zugleich aber gegen Entlastungsmaßnahmen für Einkommensschwächere, wenn diese durch Mehrkosten für Klimaschutz betroffen sind. Diese Befragten vertreten eine Form der »instrumentellen Klimagerechtigkeit«. Der Verweis auf soziale Gerechtigkeit scheint ihnen vor allem als Vorwand zu dienen, Klimapolitik auszubremsen. Befragte mit klimapolitisch progressiver Haltung spielen den Klimaschutz seltener gegen Freiheit aus. Vielen ist dabei der Lastenausgleich für Personen mit geringerem Einkommen wichtig. Es gilt Klimaschutz nicht gegen soziale Gerechtigkeit auszuspielen, vielmehr müssen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen.

Gesundheit

Die Menschen in Deutschland sind – trotz multipler Problemlagen, begleitender Kritik und hitziger Debatten – bemerkenswert zufrieden mit dem Leben: 79 % der Befragten sind gegenwärtig zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrem Leben, lediglich 4 % sind nicht zufrieden, die übrigen »teils/teils«. Mit 72 % bewertet die deutliche Mehrheit auch ihren Gesundheitszustand positiv. Zugleich ist jedoch der Stresslevel bei etlichen Befragten hoch – 39 % haben sich in den letzten 6 Monaten oft oder sogar ständig gestresst gefühlt. Rund jeder Fünfte hat sich häufiger angespannt und unruhig, ähnlich viele auch niedergeschlagen und hoffnungslos gefühlt, dies sind Anzeichen von Ängstlichkeit bzw. Depressivität. Das Viertel der Befragten, die zusammengefasst eine höhere Belastung spüren, hat ein geringeres Vertrauen in die Demokratie, d. h. diese Befragten vertrauen weniger in das Funktionieren und die effektive und gerechte Problemlösefähigkeit der Demokratie, misstrauen eher ihren Institutionen und der korrekten Durchführung von Wahlen, zudem fühlen sie sich politisch eher machtlos. Weitere Schritte der Radikalisierung gehen sie aber nicht signifikant häufiger als Befragte, die wenig psychische und gesundheitliche Belastungen berichten.

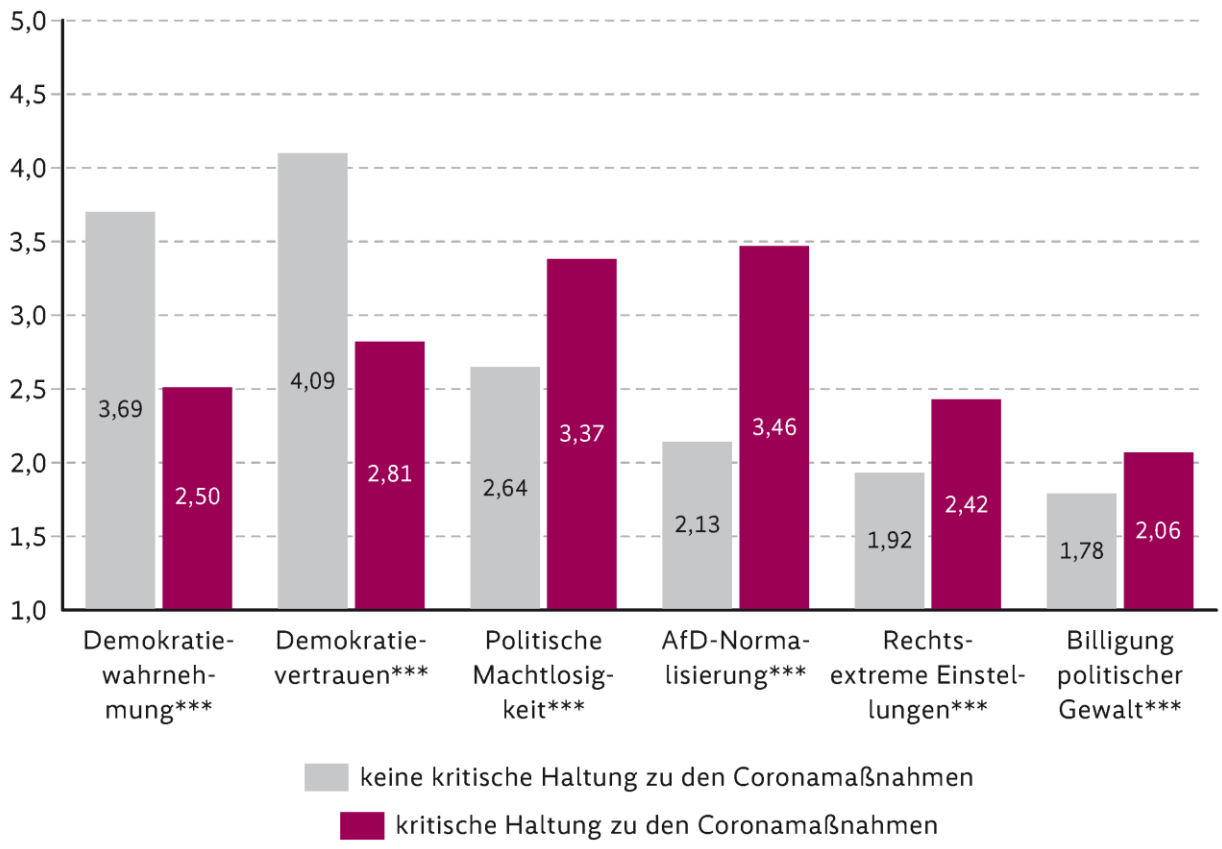


Dies gilt aber ganz deutlich für jene, die im Rückblick die Coronamaßnahmen kritisch-negativ sehen. Im Rückblick hält rund ein Drittel der Befragten es für eher oder gar nicht richtig, bestimmte Freiheiten der Bürger während der Coronapandemie einzuschränken. Rund ein Viertel gibt an, wegen der Coronamaßnahmen das Vertrauen in den Staat verloren zu haben. Und tatsächlich gehen diese

Befragten signifikant eher in Distanz zur Demokratie auf ganzer Linie, angefangen von ihrem größeren Misstrauen in das Funktionieren der Demokratie über das Gefühl politischer Machtlosigkeit, neigen sie eher zu einer Normalisierung der AfD und eher zu rechtsextremen Einstellungen, selbst politische Gewalt billigen diese Befragten eher. Sie unterscheiden sich darin sehr deutlich von den Befragten, die auch im Rückblick die Coronamaßnahmen mittragen, auch wenn dieser Anteil, dies zeigen andere Studien, inzwischen geschrumpft ist. 44 % der Befragten der Mitte-Studie halten die Freiheitseinschränkungen während der Coronapandemie auch im Rückblick für richtig, 60 % haben darüber nach eigenen Angaben auch nicht das Vertrauen in den Staat verloren. Wir plädieren aufgrund dieser Ergebnisse für einen angemessen sachlich-kritischen Rückblick auf die Coronapandemie und die getroffenen Maßnahmen, um daraus etwas für mögliche zukünftige Pandemien zu lernen. Hier gilt es, auf die Bürger:innen zuzugehen, die das Vertrauen in den Staat

Abb. 9.3

Demokratiedistanz in Abhängigkeit einer kritischen Haltung zu den Coronamaßnahmen (Mittelwerte)



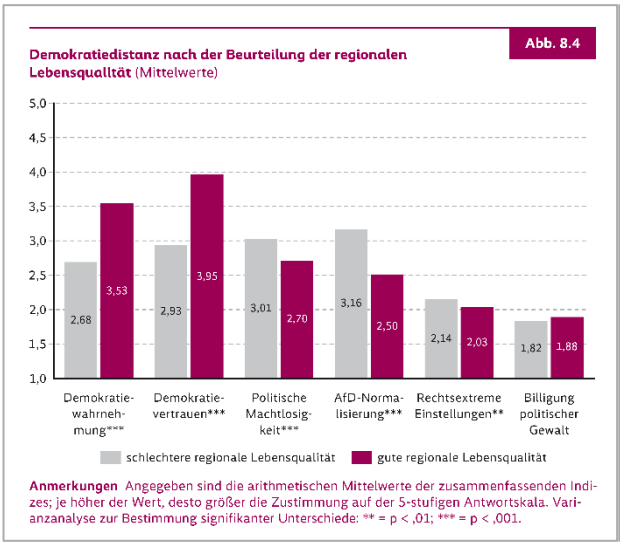
Anmerkungen Angegeben sind die arithmetischen Mittelwerte der zusammenfassenden Indizes; je höher der Wert, desto größer die Zustimmung auf der 5-stufigen Antwortskala. Varianzanalyse zur Bestimmung signifikanter Unterschiede: *** = p < ,001.

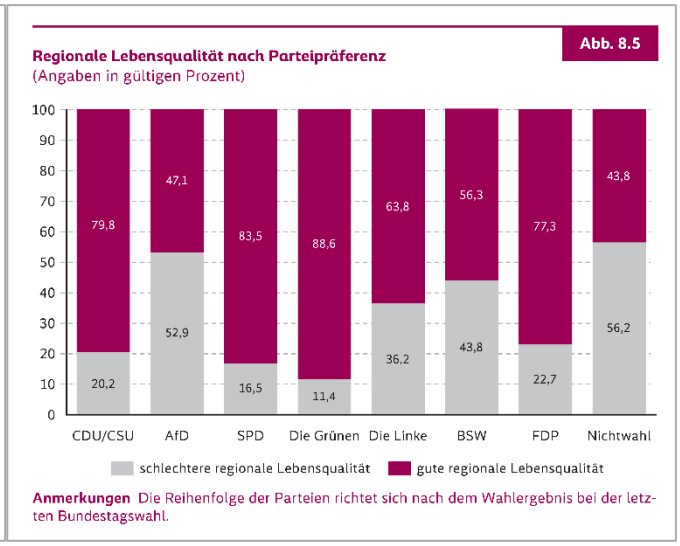
verloren haben. Es gilt auch, die große Mehrheit, die die Maßnahmen mitgetragen haben und die vielen, die sie nach wie vor für richtig halten, nicht vor den Kopf zu stoßen.

Raum/Daseinsvorsorge

Marode Infrastruktur und mangelnde Daseinsvorsorge – diese Themen haben in jüngster Zeit die Schlagzeilen oft mitbestimmt. Da überrascht es fast, wie positiv die deutliche Mehrheit das Leben in ihrer Region bewertet: 78 % der Befragten in der Mitte-Studie 2024/25 sind der Ansicht, es lebe sich

alles in allem gut oder sehr gut in der Region, in der sie leben. Fast zwei Drittel bewertet auch die Daseinsvorsorge in ihrer Region (Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Einkaufsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung) positiv. 47 % der Befragten sehen eine positive Entwicklung ihrer Region in den letzten zehn Jahren, lediglich 15 % bewerten die Entwicklung negativ (ein gutes Drittel »teils/teils«). Befragte auf dem Land bewerten das Leben in ihrer Region besonders gut, sehen auch eher als jene in der Stadt eine positive Entwicklung. Nur die Beurteilung der Daseinsvorsorge sinkt, je kleiner die Gemeinde ist. Das Stadt-Land-Gefälle ist jedoch erstaunlich gering, auch der Unterschied zwischen Ost und West ist insgesamt nicht sehr groß. Zusammengefasst bewerten über zwei Drittel die Lebensqualität in ihrer Region gut, ein knappes Drittel weniger gut. 72 % der Städter im Westen sehen die Lebensqualität in ihrer Region positiv, unter den Landbewohner:innen im Osten sind dies 60 %. Unter den potenziellen Wähler:innen der AfD sind mit 53 % auffällig viele, die ihre regionale Lebensqualität als weniger gut oder gar schlecht bewerten, nur unter Nicht-Wähler:innen sind dies mit 56 % noch etwas mehr.
Die Bewertung der Lebensqualität in der Region steht in deutlichem Zusammenhang mit demokratiebezogenen Einstellungen: Das knappe Drittel der Befragten, welches die Lebensqualität in ihrer Region insgesamt als weniger gut oder schlecht bewertet, geht signifikant eher in Distanz zur Demokratie und zwar auf ganzer Linie – diese Befragten setzen weniger Vertrauen in das Funktionieren und die effektive und faire Problemlösefähigkeit der Demokratie, fühlen sich eher politisch machtlos, teilen eher rechtsextreme Einstellungen. Diese Befragten neigen zudem eher dazu, die AfD zu normalisieren. Am ehesten normalisieren Landbewohner:innen im Osten und Städter:innen im Westen, die die Lebensqualität in ihrer Region als weniger gut bewerten, die AfD. Besonders wenig zur Normalisierung der AfD neigen Befragte, die ihre Lebensqualität gut bewerten, und zwar nicht nur Städter:innen im Westen, sondern auch Landbewohner:innen in West wie Ost, die mit der Lebensqualität in ihrer Region zufrieden sind.
Zugleich folgen 57 % der Befragten – in der Stadt fast ebenso viele wie auf dem Land – der populistischen Erzählung »Viele politische Entscheidungen gehen am Leben auf dem Land völlig vorbei.«, folgen damit also einer Art »Landpopulismus«. Wer dies tut, geht deutlich eher in Distanz zur Demokratie. Die äußerste Rechte setzt mit ihrer Erzählung vom Heimatidyll und den kosmopolitischen Städten genau hier an. De facto sind Stadt und Land offenbar gar nicht so sehr auseinander, es braucht hier einen detaillierteren Blick und auch einen Blick auf das, was die Menschen offenkundig positiv an der Lebensqualität in ihrer Region sehen.





Sozialisation (Kap. 10)

Für die Frage nach Ursachen rechtsextremen Einstellungen ist Rolle der Eltern und Familie als erste und prägendste Sozialisationsinstanz zentral. Daher wird in Kapitel 10 untersucht, inwiefern Sozialisations- und Erziehungserfahrungen autoritär- bzw. leistungsorientierter Art die Zustimmung zu einem rechtsextremen Weltbild oder die Verharmlosung von Rechtsextremismus beeinflussen.

Hierbei zeigte sich, dass unter Befragten mit hohem Autoritarismus, die eine autoritärorientierte Erziehung durch ihre Eltern erinnern, ein rechtsextremes Weltbild doppelt so häufig vorkommt (14 %) wie bei Befragten mit hohem Autoritarismus, die keine solche Erziehung erfahren haben (7 %). Unter Befragten mit hoher Autoritarismusneigung, die eher eine leistungsorientierte Erziehung durch ihre Eltern erfahren, ist der Anteil mit einem rechtsextremen Weltbild mehr als dreimal so hoch (20 % zu 6 %). Ähnlich wirken sich die Autoritarismusneigung und die spezifischen Erziehungserfahrungen auf die Verharmlosung des Rechtsextremismus aus. 44 % bzw. 46 % derer mit hohem Autoritarismus und der Erinnerung an eine autoritär- bzw. leistungsorientierte Erziehung durch die Eltern verharmlost den Rechtsextremismus in Deutschland, was im Durchschnitt der Bevölkerung 11 % tun.
Bildung kann bei hohem Autoritarismus nur bedingt als Schutzfaktor gegen ein rechtsextremes Weltbild angesehen werden. Bei Befragten mit einem mittleren und hohen Schulabschluss bedingt Autoritarismus überhaupt erst ihre überdurchschnittliche Zustimmung zu den Aussagen der Rechtsextremismus-Skala. Insbesondere leistungsorientierte Sozialisation durch die Eltern scheint mit hohem Autoritarismus im Erwachsenenalter einherzugehen und vermag trotz höherem Schulabschluss ein rechtsextremes Weltbild zu normalisieren. Zur Prävention von Rechtsextremismus ist also die reflexive Qualität von Bildungsprozessen und Autonomiestärkung besonders wichtig.

Autoritäre Schule (Kap. 11)

In der Mitte-Studie 2024/25 wurden Einstellungen zu verschiedenen Schulvorstellungen abgefragt. 40,5 % sind der Meinung Schule sollte »Disziplin und Gehorsam gegenüber Autoritäten beibringen« (29 % »teils/teils«). Dies ist besonders verbreitet unter denjenigen Befragten, die marktförmige Einstellungen teilen. Mehr als 80 % der Befragten teilen ein diskriminierungssensibles Schulverständnis. Schule soll demnach »Diskriminierung und Vorurteile abbauen«.
Unter den Befragten finden also sowohl diskriminierungssensible also auch autoritäre Schulvorstellungen hohe Zustimmungen, wobei letztere eine tendenzielle Offenheit für antidemokratische Einstellungen bedeuten.
Die insgesamt breite Zustimmung der Befragten zu autoritären Schulvorstellungen bietet starke Anschlussfähigkeit für extrem rechte Bildungsvorstellungen, schließt aber z.T. an reale Problemwahrnehmungen wie Gewalt, Störungen und Überforderungen an Schulen in schwierigen räumlichen oder sozialen Lagen an. Nicht nur Schulen in solchen Problemlagen müssten finanziell und personell besser ausgestattet werden, um »alle Schulen zu Orten qualitätsvoller, durchlässiger und damit ›höherer‹ Bildung« zu machen. Damit könnte autoritären Schulvorstellungen, die mit rechtsextremen, menschenfeindlichen Einstellungen und Gewaltbilligung einhergehen können, möglicherweise entgegengewirkt werden.

Politische Bildung (Kap. 12)

Was tun? 61 % der Befragten halten Bildung für ein wichtiges Instrument (25 % teilweise) in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Bildung sollte gestärkt werden, wobei es insbesondere auf Mündigkeit, Autonomie, Demokratieerfahrungen ankommt sowie auf Politik- und Digitalkompetenz ausgelegte Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationssettings in Schulen. Zum Kampf gegen Rechtsextremismus gehört auch die Stärkung des Sozialstaates. Reale Verteilungsfragen und Gerechtigkeitsdefizite sollten adressiert und bearbeitet werden, wobei Solidarität als zentrale Bewertungskategorie von Politik zu betrachten wäre, etwa in Fragen der Migrations-, Asyl-, Gleichstellungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Dies kann gelingen, indem Orte geschaffen und Initiativen gestärkt werden, die kontroverse Debatten erlauben und Mitbestimmung ermöglichen. 51 % der Befragten sind bereit, selbst aktiv zu werden, um die Demokratie zu schützen (25 % teilweise) und sind bereits oder könnten Teil zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus werden.

Weitere Informationen:
»Die angespannte Mitte«
www.fes.de/mitte-studie